

Ideenpapier Landtagswahl 2026

31. Oktober 2025

Freiheit und Eigentum verteidigen

- Keine Erbschaftssteuerverhöhung
- Erbschaftsteuer zur reinen Ländersteuer machen
- Reform der Grundsteuer
- Grunderwerbsteuer-Freiheit für den Erwerb der 1. Immobilie
- Keine Verteuerung von Wohnraum durch staatliche Eingriffe bzw. überhöhte Bauvorschriften
- Rechte für Vermieter stärken, Mietrecht modernisieren (z.B. Kündigungsrecht)
- Mietpreisbremse abschaffen
- Wohneigentum als Instrument zur Altersabsicherung unterstützen

Sicherheit im Alltag

- Innere Sicherheit gewährleisten (z.B. in Schwimmbädern, Bahnhöfen etc.) Null Toleranz-Politik bei Gewaltdelikten
- Gewalt auf den Straßen entschieden bekämpfen
- Kennzeichnungspflicht für Polizisten zurücknehmen
- Äußere Sicherheit stärken (Bundeswehr), Verpflichtendes Gesellschaftsjahr wieder einführen
- Schutz der kritischen Infrastruktur (Cyberangriff, Wasserversorgung, Stromversorgung, Drohnen)
- Notfallplan Wirtschaft (Systemrelevanz)
- Migrationspolitik

Wirtschaft stark machen – Standort Baden-Württemberg sichern

- Soziale Marktwirtschaft anstatt Planwirtschaft
- Entwicklungs- und Erfinderland bleiben
- Rücknahme von ideologisch gesteuerten Gesetzen zu Lasten des Mittelstands (z.B. Green Deal, Taxonomie)
- Keine Ideologien – Technologieoffenheit

- Abschaffung des Verbrennungsverbots + Entschärfung der Flottengrenzwerte.
- Beendigung der konfiskatorischen Besteuerung der Leistungsträger
- Subventionen einschränken – sie sind Indikator gescheiterter Marktwirtschaft
- Rechtssicherheit in Generationenzeiträumen denken – Regulierung beschränken
- Bestandsschutz für Planungsverfahren
- Kein Bürgergeld für arbeitsfähige Menschen, Arbeit muss sich lohnen
- Arbeitgeber entlasten: z.B. Bildungsurlaub für Arbeitnehmer abschaffen, Dokumentationspflichten streichen
- Telefonische Krankmeldung abschaffen, 3 Karenztage und Begrenzung auf 80% für die ersten 6 Wochen
- Bürokratische Haftungsrisiken für Unternehmer reduzieren
- Berufsgenossenschaften einschränken
- Bundesratsinitiative: umfassende Versicherungsreform (Auflagen der Versicherungen zu hoch, Macht der Versicherungen einschränken, Grundversicherungsschutz gewährleisten)
- Vorschriften/Richtlinien zurückschrauben (z.B. E-Mobilitätspflichten in Betrieben)
- Unbestimmte Rechtsbegriffe ersatzlos streichen
- Mehr Vertrauen in die Unternehmer, Regulierung zurücknehmen
- Tariftreuegesetz ablehnen
- Arbeitnehmer mehr fordern: Arbeit gegen Lohn, klare Verhandlungen mit Gewerkschaften, Koalitionsfreiheit respektieren und garantieren
- Mehr Netto vom Brutto
- Neues Insolvenzrecht, Gläubigerrechte in den Vordergrund stellen
- Gleichbehandlung der Rüstungsindustrie bei Förderung in Baden-Württemberg: Nutzung industrieller Kapazitäten, Investitionen in Forschung und Produktion im Land halten
- Rechts- und Planungssicherheit bei der Forschungszulage – keine willkürlichen Ablehnungen
- Abschaffung von Zivilklauseln an Forschungseinrichtungen: Nutzung von Dual-Use-Möglichkeiten sichern

- Alle Berichtspflichten für Unternehmen aussetzen und überprüfen
- Anhebung der Mitarbeitergrenze für Berichtspflichten von 50 auf 250 Beschäftigte
- Bürokratiepflichten ohne Mehrwert ersatzlos streichen
- Deckelung des Arbeitgeberanteils an Sozialbeiträgen
- Verfallsdatum für Gesetze und Vorschriften
- Nachweispflicht der Zielerreichung von Gesetzen, sonst keine Verlängerung
- Maximales Einkommenssteuereinkommen definieren
- Arbeit muss sich wieder lohnen – Lohnabstandsgebot
- Negatives Einkommenssteuermodell nach amerikanischem Prinzip

Mobilität sichern – Infrastruktur stärken

- Mobilität statt Mobilitätsgesetz
- Ortsumfahrungen realisieren; Neue Straßen braucht das Land
- Stauschwerpunkte beheben, Stau vernichtet Geld und verschmutzt die Umwelt
- Rettungswege sichern
- Kennzeichenpflicht und Pflichtversicherung für Fahrradfahrer und E-Scooter
- Ausbau der Großflughäfen (Tor zur Welt), Internationale Verbindungen sichern, Luftverkehrssteuer senken
- Bahnverkehr optimieren, Planungsrecht reformieren
- Binnenschifffahrt stärken, Schleusenausbau
- Der Mittelpunkt Europas darf nicht das Mobilitätsnadelöhr werden

Bürokratie abbauen – Bürgerstaat wagen

- Vom Verwaltungsstaat zum Bürgerstaat!
- Kommunalreform: Keine unternehmerischen Tätigkeiten kommunaler Betriebe
- Bürgerentscheide mit realistischen Beteiligungsrechten – keine Blockade mit 25 Personen, Änderung der notwendigen Quoren, Mindestzustimmung 33%

- Verwaltung verschlanken – Konzentration auf hoheitliche Aufgaben
- Landesamt für Denkmalschutz einschränken/neu aufstellen
- Förderprogramme auf Null setzen – mehr Spielraum für Kommunen
- Europaweite Ausschreibungen zurücknehmen
- Digitalen Turbo zünden (Glasfaserausbau, 5G-Ausbau), Verpflichtende Trennung und Dokumentation von Leitungsführung
- Meldeportal Bürokratieabbau

Energie ohne Ideologie

- Schaffung einer Kernkraftallianz mit Frankreich: Forschung, Nutzung und Bau moderner Kernkraftwerke inkl. SMR
- Flächendeckender Anschluss von Baden-Württemberg an das Wasserstoffkernnetz
- Beendigung der Solardachpflicht am Bsp. Reutlingen – Genehmigung nur bei Netzdienlichkeit
- Bundesratsinitiative gegen das Heizgesetz
- Energiesteuer überprüfen und Unternehmen entlasten
- Wasserkraft: Bestandsschutz und Ausbau ermöglichen

Bildung und Fachkräfte sichern

- Evaluation der Bildungsreform
- Leistungsniveau muss wieder ausschlaggebend sein
- Wissen statt Ideologie an Schulen und Hochschulen
- Berufliche Ausbildungen stärken
- Gelebte Wertschätzung beruflicher Qualifikation statt Akademisierungswahn (z.B. Handwerk, Meisterausbildung kostenfrei, gesellschaftliche Gleichsetzung)
- Maximale Migrantenquoten an Schulen einführen (analog Dänemark)
- Zugang für Jugendoffiziere zu Schulen, Verankerung der Bundeswehr im öffentlichen Leben
- Reform der Hochschulumlage: Verpflichtende Gebühren für ausländische Studenten

Gesundheit und Soziales

- Verhältnis Beitragszahler zu Leistungsempfängern ins Gleichgewicht bringen
- Hohen Krankheitsquoten entgegenwirken: Einführung von 3 Karenztagen
- KV-Reform nach Vorbild der Schweiz
- Krankenkassenreform
- Drastische Reduzierung der Anzahl gesetzlicher Krankenkassen, somit Stabilisierung der Beitragssätze durch Kostenreduktion
- Deckelung der Verwaltungskosten
- Beschäftigungs- und Stillbeschäftigungsverbote abschaffen
- Zuständigkeit der Agentur für Arbeit für kranke Arbeitssuchende und Nichtbeschäftigte
- Kassenärztliche Vereinigung reformieren
- Versorgung steht über Budgetierung
 - Veranstaltung mit Nina Warken zu Reformthemen

Forst und Umwelt

- Reform des Waldgesetzes – Eigentum und Nutzung stärken
- Landwirtschaft zukunftsfähig aufstellen
- Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln
- Keine Steuerung durch Subventionen und Verbote
- Biogasanlagen zukunftsfähig machen

Innovation und Zukunftstechnologien

- Aufbau eines „Space Valley“ in Baden-Württemberg
- Ausbau von Förderprogrammen für Raumfahrttechnologien (KMU und Start-ups)
- Förderquoten überarbeiten, Eigenkapitalanforderungen reduzieren
- Beteiligung an nationalen und europäischen Raumfahrtprojekten (Satelliten, Erdbeobachtung, Raketenantriebe)
- Integration von Raumfahrtbildung in Schulen
- Digitale Bildung ausbauen als Grundlage der technologischen Transformation durch künstliche Intelligenz, Weltmarktführer in den Technologien, gestern, heute und morgen

Politik braucht Vertrauen

- Wahlrechtsreform, Wirtschaft braucht Ansprechpartner, Wahlkreisgewinner in den Bundestag
- Öffentlich-rechtlichen Rundfunk verschlanken, Budget kürzen, De-Ideologisierung
- Ausbildung und Berufserfahrung als Grundvoraussetzung für Politiker
- Koalition nur, wenn Themen nach den Wahlergebnissen gewichtet werden